

# Nationaler Bildungsplan für Krippenkinder

Breite Allianz aus Städten, Verbänden und Unternehmen lanciert Projekt für frühkindliche Förderung

Kinder bis 4 Jahre sollen nach einem verbindlichen Plan gebildet und gefördert werden. Ein grossangelegtes Projekt steht kurz vor dem Start.

Michael Furger

Kinderkrippen sollen nicht länger Betreuungseinrichtungen sein, sondern Orte der Bildung. Dieses Ziel verfolgt eine breite Allianz aus Verbänden, Städten und Unternehmen. Sie startet eine Offensive für die Einführung eines verbindlichen Bildungsplans für extern betreute Kinder bis 4 Jahre. Federführend sind die schweizerische Unesco-Kommission und das Netzwerk Kinderbetreuung, die Dachorganisation der Betreuungseinrichtungen. Zu ihren Mitgliedern zählen unter anderem die Städte Zürich und Luzern, Krippenverbände sowie Firmen wie die Credit Suisse und die Zürcher Kantonalbank. Bildungspläne regeln die frühe Förderung von Kindern und sind im Aus-

land weit verbreitet (Siehe Kasten). Je nach Land enthalten sie pädagogische Empfehlungen und Anregungen, zuweilen auch Vorgaben und Lernziele für die Bildung und Förderung von Kindern von 0 bis 6 Jahren. Abgedeckt wird eine grosse Breite. Die Bildungsinhalte reichen von sprachlichen oder künstlerischen Fähigkeiten über soziale und motorische Entwicklungen bis zu religiöser und sexueller Bildung.

## Die Familie allein genügt nicht

Ziel solcher Pläne sei es, «das Potenzial der Kinder besser auszuschöpfen», sagt Ulla Grob, Geschäftsführerin des Verbands der Kindertagesstätten Kitas. «Es ist eine Möglichkeit, das Leben der Kinder zu optimieren.» Im Rahmen von Bildungsplänen wird in der Regel über jedes Kind ein Dossier – ein sogenanntes Portfolio – angelegt, um seine Lernfortschritte und Interessen zu dokumentieren. Es gehe aber nicht darum, fixe Lerneinheiten mit Kleinkindern festzuschreiben, sagt die Psychologin Heidi Simoni, Leiterin des

Marie-Meierhofer-Instituts für das Kind. Die Betreuerinnen in Krippen sollen vielmehr die enorme Lernmotivation und Interessen der Kinder in diesem Alter aufnehmen und die Kinder individuell in ihrem Lernen unterstützen. «Denn die Lernkompetenz und das eigene Verhältnis zum Lernen werden zu einem grossen Teil in der frühen Kindheit gelegt», sagt Simoni.

Diese Zeit wird nach Meinung der Projektverantwortlichen zu wenig genutzt. «Heute kann die Familie allein dem Kind in der Regel nicht mehr genügend Förderung bieten», sagt Heinz Altorfer, Vizepräsident der Unesco-Kommission. Die Unesco ist die Uno-Sonderorganisation für Bildung und Kultur. Viele Kinder seien sich selbst überlassen oder würden in einer reizlosen Umgebung gehütet. «Betreuung allein reicht aber nicht», hält Altorfer fest. Kinderkrippen müssten daher eigene Lernprozesse anbieten mit dem Ziel, dass die Kinder beim Eintritt in die obligatorische Schule über besser ausgebildete Kompetenzen verfügen.

«Schon heute sind Kinder aus Krippen den anderen Kindern voraus», sagt SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr. Das liege daran, dass Kleinfamilien immer seltener alle Bedürfnisse der Kinder abdecken könnten. Mit dem Bildungsplan wollen die Projektverantwortlichen den Vorteil der externen Kinderbetreuung besser nutzen und die Förderung auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Angesichts der steigenden Zahl der Krippenplätze – im Kanton Zürich wird jedes achte Kind von 0 bis 4 Jahren in einer Krippe betreut – sei dies dringend nötig. Die anderen Länder seien in Bezug auf Bildungspläne viel weiter, sagt Fehr. «Wir befinden uns international im hinteren Mittelfeld», hält auch Heinz Altorfer fest.

## Start in diesem Herbst

Derzeit befinden sich die Verhandlungen über die Finanzierung des Projekts in der Endphase. Im Herbst soll das Marie-Meierhofer-Institut mit der Erarbeitung des Plans beginnen, und ab nächstem Jahr soll er in Krippen getes-

tet werden. Laut Thomas Jaun, Präsident des Netzwerks Kinderbetreuung, will man eine grössere Gemeinde oder einen ganzen Kanton als Partner finden, der den Bildungsplan in all seinen Krippen testweise umsetzt.

Für den Bildungsplan selbst will man auch auf die Erfahrung aus zwei laufenden Projekten zurückgreifen: Das Marie-Meierhofer-Institut testet seit letztem Jahr in 25 Krippen ein Konzept, das die Kinder dazu anleitet, ihr eigenes Lernen wahrzunehmen und zu organisieren. Das Projekt Bildungskrippen erprobt seit 2008 die Idee des Bildungsplans in 12 Krippen.

Die Unesco und das Netzwerk haben mit ihrem Projekt grössere Ambitionen. Ziel sei langfristig eine verbindliche Grundlage für die ganze Schweiz, sagt Thomas Jaun. Weil die Bildungshoheit in der Schweiz bei den Kantonen liege, dürfe diese Vorgabe nicht zu eng formuliert sein. «Aber wir wollen, dass am Ende alle Kindertagesstätten verpflichtet werden, auf der Basis eines Bildungsplans zu arbeiten.»



Sollen bald nach Plan gefördert werden: Kinder in der Krippe Erlenbach (ZH). (28. August 2009)

## Bildungspläne

### Sprache, Religion und Sexualität

Bildungspläne gelten als Steuerungsinstrumente für die frühe Förderung von Kindern; je nach Land betrifft dies **Kinder von 0 bis 6 Jahren**. Erste solche Pläne wurden Ende der neunziger Jahre in **Neuseeland, Norwegen und Schweden** für verbindlich erklärt. 2000 folgte **England**, später **zogen Finnland und Dänemark** nach. In **Deutschland** haben zwischen 2002 und 2006 sämtliche 16 Bundesländer Bildungspläne erarbeitet.

Einige Pläne formulieren **konkrete Programme und Bildungsziele**, andere haben eher den Charakter eines kurzen Leitfadens mit **Empfehlungen**. Je nach Land werden auch die pädagogischen Inhalte unterschiedlich weit gefasst. Der englische Bildungsplan etwa regelt **sechs Bereiche**: soziale und emotionale Entwicklung, Sprache, mathematische Grundbildung, Umweltwissen, körperliche Entwicklung und kreative Entwicklung. Deutsche Bildungspläne führen diverse weitere Bereiche auf, darunter **religiöse Bildung**, Musik, Theater, **Medien**, interkulturelles Lernen, **demokratische Beteiligung** und – wie in Rheinland-Pfalz – **Körper und Sexualität**.

Der Schweizer Bildungsplan dürfte nach Auskunft der Projektverantwortlichen **eher offen formuliert** sein, also keine konkreten Bildungsziele festschreiben. «Solche Ziele würden die Ablehnung in unserem föderalistischen System verstärken», sagt Heinz Altorfer von der Unesco-Kommission. (fur.)

# Axpo hebt Energiepreis um 20 Prozent

Die Stromkonzerne kündigen für 2011 drastisch höhere Preise an. Ihre Gewinne seien jetzt schon zu hoch, sagen Gewerbe, Industrie – und Bund.

Benjamin Tommer

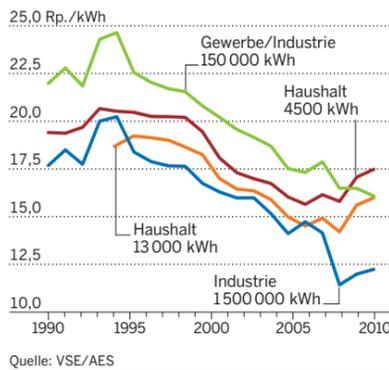
Schon 2009 sind die Strompreise für den Schweizer Durchschnittshaushalt um 7,6 Prozent gestiegen. Jetzt planen die Stromkonzerne erneut starke Aufschläge. Den ersten Schritt gemacht haben diese Woche die Berner Kraftwerke BKW, die von Endkunden ab Oktober für Strom durchschnittlich 6 Prozent mehr verlangen. Auf Anfrage bestätigt auch der Stromkonzern Axpo, eine fürs Jahr 2010 geplante, dann aber zurückgestellte Preiserhöhung 2011 umsetzen zu wollen. Der Aufschlag wird happig: Der Energiepreis soll von 6 auf 7,2 Rappen pro Kilowattstunde um 20 Prozent steigen. Für Haushalte und Gewerbe bedeutet das um bis zu 10 Prozent höhere Stromkosten. Und auch der Chef des dritten grossen Schweizer Stromkonzerns, Alpiq-CEO Giovanni Leonardi, sprach sich zuletzt wiederholt für höhere Preise aus.

Die Ankündigung kommt bei den Kunden schlecht an: Patrick M. Lucca, Sprecher des Schweizerischen Gewerbeverbands, spricht von einem «Strompreis-Schock», den der Verband bekämpfen werde. Es gebe schlicht keine Begründung für diese Erhöhung, sagt er. Weder die Produktion des Stroms noch dessen Verteilung noch die Abgaben an die öffentliche Hand seien im laufenden Jahr gestiegen. Ähnlich kritisch tönt es beim Industrieverband Swissmem. Die Margen der Produzenten seien wegen des tiefen Euro ohnehin unter Druck. Die Wirtschaft verkraftert jetzt nicht auch noch höhere Strompreise, sagt Sprecher Ruedi Christen.

Die Stromkonzerne sehen das anders: «Wir haben die Energiepreise seit 1995 nicht mehr erhöht», sagt Axpo-Mediensprecherin Anahid Rickmann. Die Produktionskosten seien seither aber deutlich gestiegen. Auch die Teuerung und die höheren Beschaffungskosten auf dem Strommarkt zwingen den Konzern, die Preise anzuhöhen. BKW-Sprecher Antonio Somavilla führt Kostensteigerungen für Investitionen und Instandhaltung an, die machten höhere Preise nötig.

## Strom wieder teurer

Preisentwicklung in den Jahren 1991–2010



Dem stehen satte Reingewinne der Stromkonzerne gegenüber. Alpiq verdient im letzten Geschäftsjahr 676, die Axpo 568 und die BKW 298 Millionen Franken. Hauptprofiteure sind die Kantone. Die BKW spülten dem Kanton Bern letztes Jahr rund 70 Millionen Franken in Form von Dividenden in die Kasse. Dem Kanton Zürich etwa und

seinem Elektrizitätswerk EKZ, beide Eigner von Axpo-Anteilen, flossen seit 2005 jährlich zwischen 50 und 60 Millionen Franken Gewinn zu. Es ist anzunehmen, dass das Begehren nach derlei Zuschüssen in Zeiten drohender Staatsdefizite nicht abnimmt.

Noch sind die höheren Energiepreise nicht bewilligt. Die Eidgenössische Elektrizitätskommission (Elcom) kann zumindest dort mitreden, wo auch Endkunden betroffen sind. Und sie scheint auf die Bremse treten zu wollen: Elcom-Geschäftsführer Renato Tami sagt auf Anfrage, er sehe zurzeit keinen Grund für Preiserhöhungen. Die Kapitalzinsen und die Preise an den Energiebörsen seien tief.

Auch der Chef des Bundesamts für Energie, Walter Steinmann, machte diese Woche an einer Veranstaltung der Netzbetreiber klar, dass er den angekündigten Preiserhöhungen kritisch gegenüberstehe. Viele Gemeinden und Kantone hätten die Unsicherheiten rund um die Öffnung des Strommarkts 2008 dazu genutzt, ihre Gewinne aus dem Strommarkt zu erhöhen. Wer jetzt noch höhere Preise verlangen wolle, müsse sich schon sehr gute Gründe dafür einfallen lassen, so Steinmann.

## Finma untersucht KPT-Affäre

Die Finanzmarktaufsicht (Finma) nimmt den Rückkauf von Mitarbeiteraktien des Krankenversicherers KPT unter die Lupe. Wie der «Sonntags-Blick» aufdeckte, bot die KPT ihren Mitarbeitern seit 2006 Aktien zum Kauf an – zum Preis von 28 bis 40 Franken pro Aktie. Weil die KPT per 2011 mit Sanitas fusionieren wird, kauft die KPT-Personalstiftung die Anteilscheine jetzt zurück – für rund 600 Franken pro Stück. Der Wert der Mitarbeiterbeteiligung hat sich damit innert weniger Jahre von gut 3 auf rund 50 Millionen Franken vervielfacht; einzelne Kadermitarbeiter wurden so zu Millionären.

Diese Vorgänge rufen jetzt auch die Kontrollbehörde Finma auf den Plan, die Fusionen von Versicherungen von Amtes wegen untersucht. Laut Sprecher Tobias Lux wird die Finma auch die Rückzahlungen an die Mitarbeiter prüfen. Die Arbeit sei bereits im Gang. Mehr könne er dazu nicht sagen. Klar ist allerdings, dass die Finma nur dann einschreiten kann, wenn die hohen Gewinne zulasten von Versicherten oder der Solvenz des Unternehmens erzielt wurden. Für die Art, wie die KPT ordentlich erzielte Gewinne verwendet, ist die Finma nicht zuständig. (bto.)